

MedienINFO 129 – Freitag, 13. Mai 2016

Steuerbetrugsvorwurf gegen WestLB

Witzel: Finanzminister muss für mehr Transparenz bei krummen Aktiendeals der WestLB sorgen

Laut Medienberichten ermittelt die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen des Verdachts des Steuerbetrugs mit Cum-Ex-Aktiendeals gegen die ehemalige Landesbank WestLB. Eine vom Land angekaufte Steuer-CD soll Daten zu fragwürdigen Aktiengeschäften der WestLB beinhalten. Ralf Witzel, stellvertretender Vorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, fordert von Finanzminister Walter-Borjans für die nächste Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses einen umfassenden Bericht zu den neuen Erkenntnissen.

„Die FDP-Landtagsfraktion hat den Verdacht des Steuerbetrugs der WestLB mit Cum-Ex-Aktiendeals bereits seit Jahren mehrfach im Parlament thematisiert. Bislang hat der Finanzminister jedoch immer abgewiegelt und mitgeteilt, ihm lägen dazu keine bestätigenden Erkenntnisse vor. Im Gegenteil: Norbert Walter-Borjans hat sogar öffentlich darauf hingewiesen, dass ein interner Untersuchungsbericht des Rechtsnachfolgers Portigon für eine Entlastung der Vorwürfe sorgen würde. Nun hat aber offenbar die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ein Strafverfahren wegen genau dieser fragwürdigen Aktiendeals gegen Beteiligte bei der WestLB eingeleitet. Der Vorwurf lautet: Die frühere Landesbank von Nordrhein-Westfalen soll zusammen mit ihren Geschäftspartnern den Fiskus betrogen haben. Wie ist es möglich, dass weder die WestLB-Nachfolgerin Portigon, noch der Finanzminister in seiner Funktion als Aufsichtsrat Informationen über die WestLB-Geschäfte kannten? Es drängt sich der Verdacht auf, dass bisher gar nicht für ausreichend Transparenz gesorgt worden ist. Denn weder seitens des Finanzministers noch seitens der Portigon ist bisher echte Aufklärungsbereitschaft öffentlich zu erkennen gewesen.

Völlig zu Recht hat Finanzminister Walter-Borjans bisher Cum-Ex-Deals als eine besonders üble Form der Steuerhinterziehung eingeordnet. Denn bei diesen Geschäften wird nicht allein versucht, die eigene Steuerschuld zu mindern, sondern viel dreister lassen sich die Beteiligten Steuern zu Lasten der Allgemeinheit erstatten, die in Wahrheit niemals gezahlt worden sind. Damit stellen diese Geschäfte einen Abfluss öffentlicher Mittel an nicht berechnete Begünstigte dar. Das ist dreist und nicht tolerierbar. Angesichts der neuen Faktenlage muss der Finanzminister daher nun seine bisherige Einschätzung zu den Deals der WestLB korrigieren. Die FDP-Fraktion erwartet eine zeitnahe und vollständige Aufklärung des Finanzministers über die Geschäfte der WestLB gegenüber Öffentlichkeit und Parlament. Alle Fakten

müssen umfassend auf den Tisch und die Mauer des Schweigens über das Finanzgebaren der WestLB endlich gebrochen werden.“